

Allgemeine Wahlprüfsteine zur Sozialen Arbeit

1. Viele Handlungsfelder der Sozialen Arbeit sind im Zuge der Corona Pandemie als systemrelevant deklariert worden. Im öffentlichen Diskurs zu systemrelevanten Berufen fand Soziale Arbeit dennoch wenig Beachtung. Was werden Sie tun, um die gesellschaftliche Anerkennung Sozialer Arbeit zu fördern?

„Menschen, die im Bereich der Sozialen Arbeit beschäftigt sind, verdienen sowohl Beachtung als auch Anerkennung. Gesellschaftliche Wertschätzung zeigt sich dabei nicht nur in einer angemessenen Vergütung, sondern insbesondere auch in attraktiven Arbeitsbedingungen. Dazu können eine den Aufgaben angemessene personelle Ausstattung, verlässliche Arbeitszeiten bzw. Dienstpläne, eine gezielte betriebliche Gesundheitsförderung zum Abbau von physischen und psychischen Belastungen sowie eine Reduzierung von Bürokratie beitragen.“

2. Es gibt einen massiven Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit. Was sind aus Ihrer Perspektive nächste Schritte, um dem entgegen zu wirken?

„Neben attraktiven Vergütungen und Arbeitsbedingungen sind Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten entscheidende Schritte, um mehr junge Menschen für eine Ausbildung in sozialen Berufen zu gewinnen. Zur Bekämpfung des Fachkräftemangels sollten zudem Menschen zum Wiedereinstieg gewonnen werden, die z. B. aus familiären Gründen ausgeschieden sind. Auch einfachere Verfahren zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse, z. B. bei Absolventen aus den Niederlanden, könnten das Arbeitskräftepotenzial erhöhen.“

3. Im Allgemeinen sind studienintegrierte Praktika für Studierende der Sozialen Arbeit noch immer unbezahlt. Viele der Studierenden gelangen daher in eine finanziell prekäre Situation. Inwieweit möchten Sie diesbezüglich die Ausbildung von Fachkräften der Sozialen Arbeit verbessern?

„Die Freien Demokraten setzen sich für ein elternunabhängiges Bafög ein, damit ein Studium grundsätzlich unabhängig vom Geldbeutel der Eltern wird.“

4. Welche Maßnahmen werden Sie im Umgang mit strukturellem Rassismus in Ihrer Kommune ergreifen?

„Der Einsatz gegen Rassismus und Diskriminierung ist wichtiges Ziel unserer Politik. Mit der Kampagne „IchDuWirNRW“ zeigt das Land ein Stück der Vielfalt unserer Heimat, bekennt sich zu dieser und präsentiert Vorbilder. Am 17. September 2019 ist NRW der "Koalition gegen Diskriminierung" beigetreten. Nächstes Ziel ist die Erarbeitung einer Antidiskriminierungsstrategie des Landes. Mit ihr sollen landesweit Rassismus und Diskriminierung strategisch und langfristig bekämpft werden.

Das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration fördert zudem die Arbeit der Integrationsagenturen in NRW mit bisher über 10 Millionen Euro. Dazu gehören auch derzeit 13 Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit. Träger sind die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege. Die Servicestellen haben eine landesweite Zuständigkeit und sind gleichzeitig vor Ort an die Städte und Kreise angebunden. Sie bieten Betroffenen individuelle Beratung und Unterstützung an. Sie erforschen Diskriminierungsfelder, sensibilisieren zu Rassismus und Diskriminierung, unterstützen Institutionen und Organisationen bei der Erarbeitung von Antidiskriminierungskonzepten und erstellen Kampagnen zum Abbau von Vorurteilen und gegen Rassismus. So kann auch der Zugang in ländlichen Räumen verbessert werden.“

Handlungsfeldspezifische Wahlprüfsteine

Flüchtlingshilfe

5. Wie planen Sie langfristig mit Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete umzugehen?

„Es wäre nicht realistisch, eine zentrale Unterbringung von Geflüchteten in Unterkünften vollständig durch eine dezentrale zu ersetzen. Dies würde gerade auch angesichts der Wohnungsmarktlage in vielen Städten sowie angesichts der notwendigen Betreuung von Geflüchteten einen organisatorischen Aufwand bedeuten, der nicht zu rechtfertigen ist. Wir setzen vielmehr auf eine Mischung aus größeren Unterkünften, WGs, Familien- und Einzelwohnungen.“

Häusliche Gewalt

6. Was wollen Sie tun, um die Forderungen der Istanbul Konvention im Bereich Gewalt gegen Frauen* und häusliche Gewalt umzusetzen?

„Landesweit setzen wir uns für einen Ausbau der Frauenhaus-Infrastruktur ein. Hierzu wird der konkrete Bedarf ermittelt. Parallel werden schon jetzt die Frauenhausplätze in NRW weiter aufgestockt. NRW-weit konnten zudem drei neue Beratungsstellen in die Förderung aufgenommen werden.“

Kinder- und Jugendhilfe

7. Welche Maßnahmen werden Sie einleiten, um den Kinderschutz auch im digitalen Zeitalter gewährleisten zu können?

„Die Freien Demokraten setzen sich für eine Stärkung des Kinderschutzes und die Durchsetzung der Kinderrechte ein – online wie offline. Dazu zählen für einen Kinderschutz im digitalen Zeitalter beispielsweise Medienbildung sowie Aufklärung über Gefahren und den Umgang mit Problemen.“

Soziale Arbeit im Krankenhaus

8. Was wollen Sie tun, um die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an den Ressourcen des Gesundheitswesens sicherzustellen - auch vor dem Hintergrund der Digitalisierung?
9. Was wollen Sie tun, um die Partizipation des/der Patient*in im Behandlungsprozess sicherzustellen?

„Alle Menschen in Nordrhein-Westfalen sollen Gesundheitsleistungen selbstbestimmt, gleichberechtigt und eigeninitiativ in Anspruch nehmen können. Wir wollen im Gesundheitswesen eine Orientierung an den Interessen von Patientinnen und Patienten stärken. Gerade angesichts der Komplexität des Gesundheitssystems ist es wichtig, dass es Beratungsangebote gibt, die nicht von den Interessen der Kostenträger oder Leistungserbringer gesteuert werden. Mit der Landesbehinderten- und Patientenbeauftragten besteht eine Ansprechpartnerin des Landes neben anderen Angeboten, wie z. B. Unabhängige Patientinnen- und Patientenberatung, Verbraucherzentrale, Selbsthilfeverbänden und -Organisationen.“

Schulsozialarbeit

10. Die Finanzierung von Schulsozialarbeit ist bis 2021 gesichert. Wie wollen Sie Schulsozialarbeit darüber hinaus nachhaltig finanzieren?
11. Aktuell entstehen Konflikte ob Sozialarbeitende zur Schule oder zur Jugendhilfe gezählt werden. Wie sollen Fachkräfte im Bereich der Schulsozialarbeit Ihrer Ansicht nach strukturell angebunden werden (direkt an der Schule, beim öffentlichen/freien Träger)?

„Wir arbeiten im Land an einer langfristig tragfähigen Lösung zur künftigen Gestaltung der Schulsozialarbeit unter Einbeziehung der bisherigen BuT-Schulsozialarbeit, der Berufseinstiegsberatung und von Sozialarbeiterstellen an Schulen. Mit dem „Starke-Familien-Gesetz“ wurden mehrere Aspekte zur Entbürokratisierung der BuT-Leistungen berücksichtigt, u.a. die Neuregelungen zum Wegfall der gesonderten Antragstellung. Damit wird sich ein Teil der bisherigen Kernaufgabe der aus Mitteln für die BuT-Schulsozialarbeit finanzierten sozialpädagogischen Fachkräfte, nämlich die Information und Begleitung von Kindern und Jugendlichen im Zusammenhang mit BuT-Leistungen, deutlich reduzieren. Der so entstandene Gestaltungsspielraum sollte zur Systematisierung und Neustrukturierung der Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen und zur besseren Abstimmung der verschiedenen Instrumente von Schule, Arbeitsmarktpolitik und kommunaler Jugendhilfe genutzt werden.“

Wohnungslosenhilfe

12. Inwieweit planen Sie einen Ausbau der Wohnungslosenhilfe?

„Die NRW-Koalition von FDP und CDU hat den Kampf gegen Wohnungslosigkeit zu einem Schwerpunkt unserer Sozialpolitik gemacht. Wir haben die inhaltlich für die Bekämpfung der Wohnungslosigkeit vorgesehenen Mittel in mehreren Schritten auf insgesamt 7,1 Millionen Euro in diesem Jahr erhöht. Mit diesen Mitteln konnten wir die Landesinitiative „Endlich ein ZUHAUSE!“ starten. Mit der Initiative werden in den zwanzig besonders von Wohnungslosigkeit betroffenen Städten und Kreisen in sogenannten „Kümmerer-Projekten“ mit mehr als fünfzig Sozialarbeitern und Immobilienkaufleuten wohnungslose Menschen betreut. Dabei soll die Umsetzung gemeinsam mit den unterschiedlichen Akteuren von Kommunen, Jobcentern, Wohnungswirtschaft, Wohlfahrtspflege und Zivilgesellschaft erreicht werden. Wir haben ein ganzes Bündel von Unterstützungsangeboten auf den Weg gebracht, die nun in lokale Handlungskonzepte und aufeinander abgestimmte Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslagen wohnungsloser Menschen umgesetzt werden müssen. Zudem wollen wir uns noch stärker auf besondere Zielgruppen wie wohnungslose Frauen oder wohnungslose Jugendliche fokussieren. Diese Zielgruppen benötigen eine gezielte Ansprache und spezifische Beratungsangebote.“